

Erhalten an jedem Montag, Bestellungen nehmen sämtliche Postämter und Vertriebsstellen entgegen.

Belegpreis
in März 4 1.80
einbl. Tagesblätter,
einbl. Nr. 10 Belegblätter,
Wochenblatt f. Anzeigen:
Die einseitige Seite auf
gewöhnlicher Schrift oben
breiten Raum 19 Geld-
stücke, Resten 20
Geldstücke, Familien-
anz. 10 Geldstücke, Be-
richtl. Vertriebs- und
Wachsen in der Regel
einbl.

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Gründet 1888

Veröffentlichung, Montag und Freitag von 6. u. 11. Uhr (Montag außer Nagold)

Freitag den 6. März 1924

Bestellungs- und Abrechnungsbüro: Nagold, Markt 11. — Anzeigen sind höher und besser bezahlt.

Die einseitige Seite auf gewöhnlicher Schrift oben breiten Raum 19 Geldstücke, Resten 20 Geldstücke, Familienanz. 10 Geldstücke, Berichtl. Vertriebs- und Wachsen in der Regel einbl.

Telegraphische Adresse: Gesellschafter Nagold.

Vertriebsstelle: Stuttgart 5113.

Nr. 56

Donnerstag den 6. März 1924

98. Jahrgang

Tagespiegel

Der Reichstag hat den Abgeordneten der rechten Seite mitgeteilt, daß die Reichsregierung die Besatzungskosten für den Monat März weiterbezahlen werde.

Die Zentrumsfraktion hat beschlossen, darauf hinzuwirken, daß der Reichstag zum 6. April neu gewählt werde. Die Sozialdemokratische Fraktion hat dagegen eine Verhängung mit der Regierung wegen der Hooververordnungen herbeizuführen.

Der Reichstag hat eine Forderung des Vertriebers der Sozialdemokratischen Partei, Herrn Müller-Fronck, gegen bayerische Regierungsbeamte eine Untersuchung wegen Hooververordnungen einzuleiten zu lassen, abgelehnt, da dies im gegenwärtigen Stand des Münchner Gerichtsverfahrens unzulässig sei. Was nacher geschehen würde, sollte sich noch nicht sagen.

Der deutsche Botschafter in London überreicht Max Donald einen Antrag, daß Deutschland in den bevorstehenden englisch-französischen Verhandlungen über das Rheinland zugezogen werde.

Der eidgenössische Bundesrat hat die Einlösung der Leistungen des Bundes für Neuwahlen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit am 1. April 1924 beschlossen.

Kann Rußland uns helfen?

Kamenow, stellvertretender Vorsitzender des russischen Rates der Volkskommissare (Kotow) ist bekanntlich als Nachfolger Lenin's der erste Vorsitzende der unlangst aufgelösten russischen Regierung der Welt mitgeteilt. Da sieht man u. a. die für uns recht erfreuliche Erklärung, Rußland erstrebe eine wirtschaftliche Annäherung an Deutschland. Es werde deshalb auch nicht dulden, daß französische Truppen weiter ins innere Deutschlands vordringen. Dagegen habe die Sowjetregierung bereits Vorkehrungsmassnahmen getroffen.

Ob Kamenow darüber erschrocken ist? Wir glauben nicht. Ja, wenn Rußland wirklich eine militärische Macht von ausschlaggebender Bedeutung wäre! Aber, das ist es nun eben einmal nicht. Man sieht nicht selten von gewaltigen Jochern über das russische Heer. Sie habe einen Friedensstand von anderthalb Millionen und sei mit den modernsten Kampfgeräten ausgestattet. Sie würde in einem künftigen europäischen Krieg die Entscheidung bringen und dergleichen große Dinge.

Wie hätte das die Sowjetregierung fertig gebracht? Das alte Heer ist ein überaltertes Instrument in den Händen der russischen Generalstab. Wehe den Russen in und um Moskau herum, die irgendwo sich nicht fügen wollten. Gibt es doch naderweise nur 300 000 eingetragene Soldaten, zum Teil Sowjetbeamte. Die übrigen 100 und mehr Millionen sind zum allergrößten Teil politisch völlig gleichgültig, der keine Rest, soweit er nur einigermaßen intelligent ist, muß sich durchaus still verhalten. Sie wissen warum?

Was das alte Heer ist da, und man weiß, daß in ihm der stammes „Militarismus“ haust. Aber Disziplin macht allein nicht, wenn man sich gegen außen wehren soll und vollends gegen ein französisches Heer mit 800 000 Soldaten und 2000 Frontfliegern und ungezählten Landbooten. Da ist das russische Heer viel zu klein. General v. Zmeh, ein guter Kenner der Militärtechnik des Auslandes, schätzte in der „Kriegszeit“ (p. 20. Febr.) das russische Friedensheer auf 5-600 000 Mann. Eine Herabsetzung auf 200 000 Mann, wie sie angeklagt wurde, ist wohl nichts als Bluff. Die Ausbildung ist mäßig, die Ausrüstung schlecht, schwere Artillerie, Flugzeuge dürftig, das Verlehrsnetz für schnelle Zusammenrückungen unzulänglich. Kurz: es fehlen viele Vorbedingungen für erfolgreiche Ausnutzung des für den Kriegsfall vielleicht auf mehrere Millionen zu schätzenden Heeres.

Kann denn man sich einen Angriff Frankreichs auf Deutschland, Rußland will — wir wollen den glühendsten Fall annehmen — uns zu Hilfe eilen. In Polen würde der Ruß 1 Million und in der Tschechoslowakei etwa 900 000 Mann entgegenstehen. Estland, Lettland, Litauen, vielleicht auch Rumänien und Südrussland würden ebenfalls über den Weg sperren. Armes Deutschland! Bis nur ein russischer Soldat an der Oder stünde, wären wir abgerufen, vorangeschickt — und das ist eine ganz andere Rechnung — daß uns nicht andere Bundesgenossen, von Norden und Süden, zu Hilfe eilen.

Wie auf Rußland ist kein Verlaß. Es ist keine schwache Sache. Wer sich darauf stützt, dem geht es brechend durch die Hand. Kamenow hat wieder einmal uns oder besser seinen kommunistischen Freunden in Deutschland ein Angebot gemacht, daß wir ihnen einen faulen Zauber vorzaubern wollen.

Was anders ist die wirtschaftliche Annäherung? Sie hat noch nichts eingebracht. 1923 hat Rußland bereits über 810 000 Tonnen Getreide ausgeführt, das zum

größten Teil nach Deutschland kam. Davon hat die Reichsgetreidestelle 300 000 Tonnen, den Rest zu 8 % aufgeteilt. Wie ein Beweis, daß wir wieder zueinander laufen und aneinander verkaufen.

Aber auch hierin geht es naturgemäß sehr langsam. Rußland ist nun einmal völlig autark geworden. Nicht bloß in größtenteils Weizen, sondern auch in Getreide, Fleisch, Milch, Rohwolle, russische Industrie, Verkehr und Landwirtschaft sind ebenfalls, und zwar dank des Bolschewismus, in größtmöglicher Weise autark geworden. Da braucht's Zeit, bis ein Volk sich aus einem derartig katastrophischen Chaos wieder erhebt und zurechtfindet.

Denn noch die Währungsfrage des Eigenbetriebs! Solange nur der Eigenbetrieb in unserem Gemeinwesen zulässig ist, solange ist es für den Ausländer und für ausländische Unternehmungen sicherheitslos unmöglich, sich dort irgendwas zu betätigen. Nun hat allerdings die Sowjetregierung schon zu den Besuchen Lenin's mit dem Abbau des Staatsbetriebs, wenigstens in der Landwirtschaft, begonnen und auch an die Ausländer allerlei Zugeständnisse auf diesem Gebiet gemacht. Aber das ist erst der Anfang. Es wird und kann nicht dabei bleiben. Dafür wird schon England sorgen. Die Arbeiterregierung Mac Donald hat ja — es war ihre erste Tat — die Sowjetrepublik in offener Form anerkannt. Damit oder wird von dort aus zweifellos mit zunehmendem Nachdruck die Forderung nach mehrerem Abbau des bolschewistischen Wirtschaftssystems erhoben werden. Je weiter dieser Selbstversetzungsprozess fortschreitet, desto besser auch für unsere wirtschaftliche Annäherung.

Ehren des Briefwechsels

Die Aufgabe der deutschen Diplomatie

Die deutsche Öffentlichkeit erwartet von der Berliner Regierung voraussichtlich einen Schritt in der Angelegenheit des Max Donald-Poincaré-Briefwechsels. Denn wenn auch der englische Ministerpräsident in seinen Reden die ganze europäische Frage aufzurollen sucht, so ist es doch immer wieder das Verhältnis Frankreichs zu Deutschland, von dem er ausgeht und auf das er zurückkommt. Mit einer gewissen Genugtuung kann man feststellen, daß die europäischen Landgebungen sich vieles von den bisherigen deutschen Gedankenengängen zu eigen gemacht haben, um eine Strecke in die unerwünschte Haltung der Poincaré-Politik zu schwenken. Allerdings muß man feststellen, daß der französische Ministerpräsident in der Antwort auf den zweiten Brief seines britischen Kollegen vorsichtig ausweicht, wenn er auch einige Zugeständnisse zu machen scheint und die ihm vorgelegte Eroberungspolitik ablehnt. Man darf aber nicht übersehen, daß sich hinter dieser scheinbar trennungsbereitenden Versicherung ein recht bedenklicher Vorbehalt verbirgt, der erst bei genauer Durchsicht und Vergleichung der zwischen London und Paris gewechselten Briefe hervortritt. Dabei liegt das Bedenkliche nicht einmal in Poincaré's Meinungen, deren Hinterhältigkeit man ja gewohnt ist, als vielmehr in einem Gedanken, den Max Donald einwickelt, wahrscheinlich ohne eine Ahnung von seiner Gefährlichkeit gehabt zu haben. Der englische Staatsminister spricht nämlich an einer nicht sehr klaren Stelle seines zweiten Briefs von dem „Sicherheitsbedürfnis“ Frankreichs in militärischer Hinsicht und führt dann aus: „Ob dieses Ziel (also die militärische Sicherheit) durch regionale Maßnahmen der Entmilitarisierung oder durch Schaffung von neutralen Ländern zwischen einzelnen Staaten, die unter einer Garantie oder einer gegenseitigen Aufsicht stehen, erreicht werden kann, oder durch ein anderes Mittel, das ist eine Frage, die sorgfältig geprüft werden muß.“

Was ist unter den „neutralen Ländern“ zu verstehen? Etwas ein neutrales Rheinland, wie es schon in den Doriacliden Plänen aufgedacht ist? Sicherlich will Max Donald seinen französischen Kollegen durch solche Andeutungen vor allem Anlaß erlösen an den Verhandlungstisch zu bringen. Aber Poincaré, der merkte, daß ihm hier ein kleiner Finger gereicht wird, packt sofort die ganze Hand, indem er erwidert: „Ich will eins mit den Fragen und Methoden, die Max Donald ins Auge faßt. Das liegt zwar zunächst nur in der Ausleitung der französischen Antwort. Aber Poincaré kommt dann auch, wie erwähnt, auf die Rheingrenze zu sprechen und meint so ganz nebenbei, daß er den Weisheit als Schranke gegen Angriffe fordere. Flüsse sind für die moderne Strategie keine Schranke mehr, ganz im Gegenteil. Das Bild der Schranke kann also nur gedacht sein im Rahmen eines von Frankreich dauernd beherrschten Rheinlands. So versteht Poincaré die harnische gemeinten Vorstöße Max Donalds und deutet sie entsprechend an. Gegen solche neue Ententepläne, die nur wieder auf dem Rücken eines vergeblichigen Deutschlands gestützt sind, muß die deutsche Diplomatie auf dem Festen sein. Auch vor der lebenden Falle des Selbstbundes (siehe die „Botschaft des autonomen Rheinlands“) wird sich die deutsche Politik in diesem Punkte halten müssen.

Der Hitlerprozess

Siebenter Tag Die Zeugenvernehmung

München 5. März.

In der gestrigen öffentlichen Sitzung wurde mit der Zeugenvernehmung begonnen. Oberregierungsrat Lorenz, der sich mit dem Angeklagten Fried verkehrte, stellt diesen das Zeugnis aus, daß er mit Bewußtsein nichts Ungerechtes tat.

Regierungsrat Bernreuther bekundet, Fried habe eine große Abneigung gegen das Parlament gehabt. Er (Zeuge) sei am 8. November unmittelbar nach den Ministern als Geisel festgenommen und in die Villa Lehmann gebracht worden. Am andern Tag (9. Nov.) seien die Geiseln freigelassen worden.

Regierungsrat Balf gibt an, Fried sei unangenehm übermäßig gewesen, als Böhner nach der Bürgerbräuerkammer in München zu Fried sagte: „Sie führen von jetzt an das Polizeipräsidium — im Einvernehmen und im Auftrag von Hitler.“ Dann sei in Aufregung der Oberst Banger mit einem Oberleutnant gekommen und habe zu Böhner gesagt: „Weichen Sie mich von dem Schutz dieser Herren!“ (Sauf mache). Böhner sah die beiden sofort an und fragte: „Herr Oberst, kann ich mich auf Sie und Ihre Leute verlassen?“ Banger nahm traurige Haltung an, gab Böhner die Hand und sagte: „Wollt und ganz!“

Zeuge Balf erklärt weiter: Während Böhner und Fried bei Koch waren, wurde ich (Balf) durch den Fernsprecher von Nürnberg angerufen. Der dortige Polizeikommandant fragte, was denn in München los sei. Ich erzählte ihm die Sache, worauf der Kommandant erwiderte: „Das ist aber doch laienhaft, weil unsere Nürnberger Reichsanwaltschaft in München in Mitleidenschaft gezogen ist.“ Sofort habe ich dann den Generalkonsul in Nürnberg angerufen und gefragt, ob er nicht von Nürnberg die Mittelbahn, daß die dortige Reichsanwaltschaft nach München gerufen worden sei; was denn das zu bedeuten habe. Major Doehler, der am Fernsprecher war, gab mir eine ausweichende Antwort.

Als die Reden über die Vermittlung der sozialdemokratischen „Münchener Post“ eintrafen, habe Hitler erklärt, das müsse sofort aufhören, was denn auch der Fall war. Nach kurzer Zeit habe er (Zeuge) gehört, daß Oberst Banger die Herren Böhner und Fried habe verhaften lassen.

Hitler richtet an den Zeugen Balf die Frage, ob nicht die Führer der Nationalsozialisten sofort verhaftet worden wären, wenn die Polizeidirektion der Ansicht gewesen wäre, daß die angeklagten 14 Versammlungen einem Staatsverbrechen dienen sollten? — Zeuge: Selbstverständlich!

Rechtsanwalt Kober: Hat der Generalkonsul in Nürnberg am 6. November Maßnahmen getroffen, um den angeblich drohenden Putsch zu verhindern? — Zeuge: Nein. Nur die 14 Versammlungen wurden verboten.

Rechtsanwalt Kober: War es denn nicht eine Täuschung der Öffentlichkeit, wenn man sagte: Wegen eines drohenden Putsches müsse das Generalkonsul in Nürnberg ersichtet werden? Zeuge kann keine Auskunft geben.

Rechtsanwalt Hemmeter: Hätten Sie es für möglich gehalten, daß nach den vorherigen Beziehungen Kober Mitarbeiter des Hitler-Kaufmanns? — Zeuge: Das konnte ich nicht erwarten.

Der Staatsanwalt fragt den Zeugen: Die Zeitung „Hitler“ konnte doch wohl die Zeitung der Reichsregierung übernehmen? — Zeuge: Ich glaube nicht, daß Hitler Reichstagsminister werden wollte. In den nationalsozialistischen Kreisen habe man nur angenommen, daß Hitler die Reichsregierung übernehme sollte.

Hitler ergreift das Wort: Wenn ich hätte Reichstagsminister werden wollen, so hätte ich das ohne weiteres ausgesprochen. Befehdschheit ist nicht angebracht in einer Zeit, wo ein Gewissens aus Bremen deutscher Reichspräsident sein kann! Ich habe erklärt: „Die Zeitung im politischen Kampf übernehmen ist! Im übrigen verweise ich darauf, daß Lohmann selbst erklärt hat, daß mir bei der Bildung der neuen provisorischen Regierung ein Amt übertragen worden wäre, das Amt des Vizepräsidenten. Nun muß ich sagen, daß ich keinen Grund habe, persönlich beschuldener zu sein, als meinestwegen ein Herr v. Lohmann. Das lehne ich ab! Die Überzeugung mit dem Hooververordnungen übernehme ich und das wird auch mein Referatrecht, wenn nicht jetzt, so in einer kommenden Zeit sein, Herr Staatsanwalt!“

Eine Frage des Rechtsanwalts Zueggel, ob es zur Vermeidung eines Stützpunkts notwendig gewesen wäre „Kamädie zu spielen“, sagt der Zeuge: „Ich habe die Lieberzeugung, als Hitler herabstürzte, war Böhner und Eisele über der Verurteilung gelegen. Wenn dann, nachdem die Sache aufgestellt worden war, Kober erklärt hätte: „Ich bin nicht mit, dann hätte man ihn möglicherweise wie die anderen Minister abgeführt: aber natürlich wäre ihm nichts! Nun muß ich, daß Böhner und Eisele ihre Diffidende am 6. und 7. Die

finden,
Kreuzbilderportrag
des Amphiphanland
Direktor Dr. E. Seichter
am 8. Uhr
Kreuz des Seminars.
V. j. M.
Donnerstag 1/8
werden die Darbie-
gen des Familien-
rats zum Teil 790
wiederholt.
schens 20, Kinder
g. Jedermann her-
lich eingeladen.
La.
garantiert echte
ov. Luzerne
eingetroffen.
Keimf., seidefrei
Geigle, Nagold.
aufeinander-
nmuifanten-
Anzüge
großer Auswahl
18.- bis 35.-
hr. Theurer
renkonfektion
Nagold.

denber besteht darin, wenn nur die Herren, die wir weiter beizuführen wären, nach einer bestimmten Richtung befehrt würden, dann könnte sich die Zivilperson ruhig in Hoff setzen lassen, denn es werde dann von den Nachfolgern doch das Notwendige geschehen.

Junge Hermann, früher Postbeamter, gibt an er sei als Anhänger Hillers im Deutschen Reich benachteiligt worden. Die Verteidigung auf die Republik habe er in den Papierkorb geworfen, für ihn gelte nur der Eid auf den König. Er erklärt, beim Vordringen am 9. November über die Ludwigsbrücke habe Brückner gelagt: Nur keine Waffengewalt; wenn man gegen uns vordrückt, gehen wir langsam zurück. Hiller sei gegen Gewalttätigkeiten gewesen. Als bei Zeuge noch im Polizeidienst war, hat er einmal Hiller persönlich den Überfall auf die jüdische Speiseanstalt gemeldet. Hiller ließ den Führer der betreffenden Gruppe, einen jungen Kriegslinientrupp, zu sich kommen und erklärte ihm: „Dank haben Sie bekannt, daß Sie sich nicht zur Partei rechnen. Sie sind mit Ihrer Mannschaft aus der Partei ausgeschlossen und ich werde Sorge tragen, daß Sie bei der Partei nicht mehr mitkommen.“

Kriminalkommissar Werner, der in der Völkervereinigung neben Hauptmann Röhm saß, befindet sich in sein Stadteisen am 8. November aufs höchste überrecht gewesen, als die Mitteilung kam, im Bürgerbräuerei sei loben eine neue Regierung gebildet worden.

Bei der Vernehmung der folgenden Zeugen wird die Defensivität ausgeführt und am letzten Verhandlungstag auch nicht mehr zugelassen.

König, 5. März. Kardinal Schulte erklärt die Weisung des Papst und die deutschen Bischöfe auf einer Kardinalkonferenz gegen die Auslagen des Generals Ludendorff gut nehmen werden, sei vollständig unbegründet.

Neue Nachrichten

Vereinfachung des Steuerwesens

Berlin, 5. März. Einer Aufforderung des Reichstags entsprechend hat die Reichsregierung in einer Zuschrift geantwortet, es werden gegenwärtig Besuche zu möglicher Vereinfachung des Steuerwesens bei größerer Berücksichtigung der Steuerbeamten im Lande vorbereitet.

Die Wahlen im hamburgischen Landgebiet

Hamburg, 5. März. Bei den Wahlen im hamburgischen Landgebiet (Wahlkreise Bergedorf, Geesthacht und 18 Wahlkreise) zum Bundesauschuss und in die Gemeindevereine genommen die vereinigten Reichsparteien 18 Sitze, die Kommunisten 8, die Grundbesitzer 4, die Deutschnationalen 1. Die Sozialdemokraten verloren 27 Sitze, die Demokraten 2.

Ausfahrungen in Oppau

Hannheim, 5. März. Sämtliche Arbeiter der Bad. Anilin- und Sodafabrik in Oppau sind in den Ausstand getreten. In einer von den Radikalen geleiteten Versammlung wurde unter heftigen Reden gegen den 9. Märzigen Arbeitstag Widerspruch erhoben. Die Menge erging sich mit Gewalt den Eintritt in den Fabrikhof und drang in das Verwaltungsgebäude ein, wo ein Beamter schwer verletzt wurde.

In Ludwigshafen haben etwa 20.000 Arbeiter der Metallfabrik die Arbeit verlassen. Sie stehen unter unklarem Einfluß.

Aus der Werkstatt der Sachverständigen

Paris, 5. März. Wie der „Revue Herald“ wissen soll, ist die internationale Anleihe für Deutschland, die durch die Reichsbank in Paris verbürgt werden soll, der Reichsregierung die Zurückzahlung der von der Weltbank erhaltenen 1200 Millionen Rentenmarkt ermöglicht. Die Sachverständigen sehen vorläufig Unschlüssigkeiten aus der Anleihe nicht vor, bevor der Reichsausschuss nicht vollständig im Gleichgewicht und die nötige Währung besichtigt ist. Die fremden Direktoren des Goldnotenbank seien von den Ausgabebanken der verschiedenen Länder oder den entsprechenden Verbänden, aber nicht von den Regierungen zu ernennen. Man wolle jetzt einen deutschen Vorkandidaten zulassen, dem aber ein fremder Ueberwachender gegenüberstehe, um einzutreten, wenn etwa wieder eine Instanz gemacht würde.

Es liegt bei nur vorzugehen, daß Deutschland eine genaue Rechnung vorlege; das sei keine Ueberforderung. Schwieriger werde die Unterbringung der internationalen Anleihe sein. Die Bankiers sollen die Verteilung auf die verschiedenen Länder ausmachen. Die Sachverständigen seien zur Zeit damit beschäftigt, Sicherheiten zu suchen, die Frankreich ebenso viel einbringen würden wie das besetzte Ruhrgebiet, falls Frankreich auf die eigene Bewirtschaftung dieses Gebiets zu verzichten geneigt wäre. Es handle sich hier um eine sehr schwierige Frage.

Englische Besatzung

Rom, 5. März. Der englische General Harrington erklärte, die Besatzung in Italien wegen der Verletzung der englischen Mittelmeerflotte seien unbegründet. England müsse sich den freien Seeweg nach Indien und den Dominions sichern. Dies könne aber Italien nur zum Vorteil gereichen.

Für die großen englischen Flottenmanöver im Mittelmeer sollen die Balearen (spanische Inseln) die Stützpunkte bilden.

Verbanung der Osmanen

Konstantinopel, 5. März. Die türkische Nationalversammlung in Angora hat die Verbanung des Kaisers mit seiner Familie sowie von 32 Prinzen und 35 Prinzessinnen des Hauses Osman ausgesprochen. Der Kaiser wurde mit seinem Sohn und seinen Frauen an die griechische Grenze gebracht, von wo er sich wahrscheinlich nach der Schweiz begeben wird. Dem Kaiser wurde ein Jahresgehalt von 100.000 türkischen Lira und den Prinzen zusammen 200.000

Lira zuerkannt. Der Prinzenvermögen, das sie bei den in türkischem Gebiet niedergelegt haben, dürfen sie nicht abgeben, jedoch soll ihnen wenigstens das Eigentum an beweglichen Sachen (Wägen, Kunstgegenständen) und an Edelsteinen nicht genommen werden. Die legenden Güter werden vom türkischen Staat verkauft und der Erlös nach Abzug der Steuern den Osmanen ausgefolgt.

Der Londoner „Daily Telegraph“ meldet, die Russen in Indien seien über die Abschaffung des Kaisers beunruhigt. Sie wollen eine Abordnung nach Angora senden.

Türkische Reformen

Konstantinopel, 5. März. Die türkische Nationalversammlung in Angora fordert in einer Entschließung die Aufhebung des Kommissariats für religiöse Angelegenheiten und religiöse Stiftungen (Wakuf). Es soll ein neuer Hof für die Verwaltung der religiösen Angelegenheiten geschaffen werden, dessen Inhaber unmittelbar dem Ministerpräsidenten unterstellt ist. Das Unterrichtswesen soll vereinheitlicht werden unter Aufhebung der religiösen Schulen. Ferner wurde beschlossen, daß der Generalstaatschef nicht mehr dem Ministerium unterstellt sein soll, damit das Heer ohne Berührung mit der Politik bleibe.

Der „Welt Pariser“ schreibt, es sei zu erwarten, daß wenn die nationaltürkische Partei gegen ihre eigenen religiösen Schulen vorgehe, sie auch die Schulen der fremden geistlichen Orden nicht schonen werde.

Verfestigung des deutsch-amerikanischen Handelsvertrags

London, 5. März. Die Reuter aus Washington meldet, sollen die drei Artikel des noch nicht bestätigten Handelsvertrags mit Deutschland, die für die Schiffe der Vertragsstaaten Behandlung auf dem Fuß der Gegenseitigkeit anzuwenden, nach einer vom Senatsauschuss für auswärtige Angelegenheiten getroffenen Entscheidung gestrichen werden.

Handelsvertragsverhandlungen mit Oesterreich — Erfolg der Leipziger Wesse

Berlin, 5. März. Der österreichische Minister für Handel und Verkehr, Dr. Schirrm, ist nach einem Besuch der Leipziger Wesse gestern in Berlin eingetroffen, um mit der Reichsregierung Verhandlungen wegen der Aufnahme von Handelsvertragsverhandlungen zu nehmen. Auf der Wesse habe er von Gewerbetreibenden gehört, daß sie vielsach schon am ersten Tag ihre Erzeugnisse auf abschbare Zeit ausverkauft haben. Die erste unter festen Währungsverhältnissen abgehaltene deutsche Wesse sei von geradezu ausschlaggebender Bedeutung für Deutschland, denn, abgesehen davon, daß sie auf gleichartige Hoffnungen für die bevorstehende Wiener Wesse berechtige, sei das Heine Oesterreich mit seiner großen für die große frühere Deutschaunahme geschaffenen Industrie auf gesunde wirtschaftliche Verhältnisse in den großen Nachbarstaaten zwecks Ausfuhr angewiesen. Dr. Schirm verfolge das Ziel eines Handelsvertrags mit beiderseitig genau umschriebenen Rechten und Pflichten. Neben den politischen sind aber die Verkehrsfragen von besonderer Bedeutung. In dieser Hinsicht wird vor allem ein Abbau der lästigen Post- und Visavorschritten erstrebt.

Besserung des schweizerischen Staatshaushalts

Bern, 5. März. Die eidgenössische Staatserrechnung für 1923 weist gegenüber 1922 eine Besserung um rund 33 Millionen Franken auf, nämlich 18 Millionen Mehreinnahmen und 15 Millionen weniger Ausgaben.

Württemberg

Stuttgart, 5. März. 60 Jahre Herzog Wilhelm von Urach, Graf von Württemberg, beging gestern in aller Stille seinen 60. Geburtstag. Im Krieg führte er zuerst die 26. Division, dann das 64. Armeekorps. Nach dem Krieg widmete er sich wissenschaftlichen Studien und promovierte vor zwei Jahren zum Dr. phil. Herzog Wilhelm ist betanlich Schlossherr des Nöthensteins.

Stuttgart, 5. März. Gegen die Rechtsreform. Der Stuttgarter Anwaltsverein hat gegen die Verordnung des Reichsjustizministers als einen unzulässigen Eingriff in die deutsche Rechtsprechung scharfen Einspruch erhoben.

Dem Landtag. Abg. Bazille (Bürgerp.) hat an das Staatsministerium die kleine Anfrage gerichtet, ob es bereit sei, bei der Reichsregierung zur Wiedereinführung des gestrichelten Wohnungsgelds für Beamte angesichts der unzulässigen Bezüge der Beamten zu wirken.

Neugliederung der Weinsberger Weinbauvereine. Der Förderung des württ. Weinbaus, sowie der Wein- und Obstverwertung dienen bisher zwei in ihrer Organisation und Leitung von einander in großen und ganzen unabhängige Anstalten: Die Weinbauvereine und die Weinbauvereinsvereine in Weinsberg. Beide Anstalten sind nun im Interesse der Vereinfachung und Vereinfachung der Verwaltung sowie behufs Sicherung eines einheitlichen Zusammenarbeitens zu einer Gesamtanstalt mit der Bezeichnung „Württembergische Lehr- und Versuchsanstalt für Wein- und Obstbau in Weinsberg“ verschmolzen worden. Der Gesamtanstalt wurden noch angegliedert die staatliche Anstalt für Nebenernte und Lebensprospiration in Offenburg, der staatliche Weinbauvereinsvereine (Weinbauinspektor). An der Spitze der Gesamtanstalt steht ein Direktor. Der Direktor der Gesamtanstalt ist für die Regel zugleich Leiter der Versuchsanstalt. Die Leitung der Versuchsanstalt ist einem Vorstand übertragen, der den Direktor der Gesamtanstalt im Falle seiner Verhinderung zu vertreten hat.

Wasserkraften. 5. März. Brand. Heute nacht ist ein altes Fachwerkgebäude der Wasserkraftigen Hüttenwerke abgebrannt. Der Betrieb der Hüttenwerke erleidet keinerlei Unterbrechung.

Reutlingen, 5. März. In der früheren hohlesten Wähe, die im ersten Stock die Reutlinger Leigwarenfabrik, im zweiten Stock die Schuhwarenfabrik von Lesche u. Sohn

oehbergel, brach gestern nachmittags Feuer aus. Sämtliche Feuerwehren von Reutlingen bekämpften drei Stunden lang den Brand. Die beiden Stockwerke sind vollständig ausgebrannt. Der Schaden ist groß.

Mün. 5. März. Warnung an Auswanderer. Eine Gruppe Ulmer Auswanderer ist vor einigen Monaten nach dem Innern Perus aufgebrochen, hat dort aber trübe Erfahrungen machen müssen. Der Warrer der deutschen evang. Gemeinde in Lima und Callao warnt nun in einem Brief an einen hiesigen Geistlichen dringend vor der Auswanderung nach dem Innern Perus.

Smilgen, 5. März. Jugendliche Gauner. In die hiesigen Geschäfte kommen zur Zeit Kinder, die ihre kleinen Einkäufe mit Geldgeld zu bezahlen versuchen, das sie jedoch zuvor auf Stein niederblau schleifen, wodurch zugleich die Jahreszahl ausgeglitt wird.

Berg, O.M. Ravensburg, 5. März. Tollwut. Bei Landwirt Paul A. m. a. n. in Oberdiepoldshausen mußte gestern der Hofhund, bei dem die Tollwut ausbrach, erschossen werden. Er war von dem nur 4 Wochen aus dem Magen ausgesessenen Hund angegriffen worden. Verlegt hat er niemand, da die Krankheitsmerkmale rechtzeitig beobachtet wurden.

Reichenau O.M. Ravensburg, 5. März. Auf der Schwäbische Eisenbahn. Einem gelangenen Postnachschiffer, der von den Reisenden und Zuschauern gebührend gewürdigt wurde, leistete sich gestern nachmittags der kurz nach 1.30 Uhr in Ravensburg abgehende Personenzug. Als der Zug die in Reichenau aussteigenden Personen abgeleitet hatte, schien er nicht mehr von der Stelle zu kommen. Nach einigen Minuten wartete keine er sich dann in Bewegung, aber in der Richtung in der er gekommen war. Als nämlich der Dampfessel mit Wasser gefüllt werden sollte, stellte sich heraus, daß keines da war. So fuhr denn das Zug mit voll Angst, es könnte ihm unterwegs der Schmauser ausgehen, Ravensburg zu, wo es Wasser einnahm. Bergnützlich dampfte es nach kurzer Zeit wieder in großer Eile durch die hiesige Station.

Oberriesen bei Würzach, 5. März. Vom Pferde gestürzt. Der verheiratete Landwirt Josef Grad von hier war in Beschäftigung auf eigenem Pferde nach Dietmanns geritten. Bei der Heimkehr schaute in der Nähe von Wöbers plötzlich sein Pferd. Grad wurde so unglücklich gegen einen Baum geschleudert, daß er einen Schädelbruch erlitt und bewußlos liegen blieb. Der Verunglückte wurde von Einwohnern von Wöbers aufgefunden und nach Hause gebracht, wo er wieder zum Bewußtsein kam.

Jungingen in Hohenjollern, 5. März. Tollwut. Vor kurzem wurde hier ein tollwutkranker Hund getötet. Dieser Hund hatte vorher auch eine Kuh gebissen. Die Kuh mußte sehr geschlachtet werden. Der Tierarzt hat bei der erschlagenen Kuh Tollwut festgestellt.

Mün. 5. März. Wälder auslöbern des Feuers. Das Feuer im Reuen Bau ist immer noch nicht ganz erloschen. Gestern abend zwischen 10 und 10 Uhr brannte es im Hüllgel gegen den Lauterbach wieder heftiger, so daß die Feuerwehr mit dem Strahlrohr eingreifen mußte.

Friedrichshafen, 5. März. Todesfall. Oberst a. D. Dr. phil. Freiherr von Gemmingen-Guttenberg ist hier nach längerem Leiden im 61. Lebensjahre gestorben. Frhr. v. Gemmingen war ein Neffe des Grafen Zeppelin, zugleich einer seiner hervorragenden Mitarbeiter.

Kirchberg a. d. Rurr, 5. März. Unfall. Der Wagnermeister G. Str. o. geriet auf dem Heimweg von Erdmannshausen in dem tiefen Schnee in die Rurr, wo er nach eigenem Suchen am nächsten Tage gefunden wurde.

Baden

Aus Baden, 5. März. Aufruf gegen den sozialen Abbau. Eine Anzahl Professoren badischer Hochschulen erließ einen Aufruf, in dem sie dagegen Einspruch erhoben, daß wichtige sozialpolitische Einrichtungen jetzt von Arbeitgeberseite aus aus dem Weg geräumt werden sollen. Die Hochschullehrer treten dafür ein, daß eine weise Abwägung in der Sozialpolitik eine unabeherrliche Voraussetzung für die Zusammenfassung aller Volksschichten zum Wiederaufbau unseres Vaterlands notwendig ist. Sie sind überzeugt, daß der Wirtschaftskampf unvermeidlich den letzten Rest von Volksgemeinschaft gefährdet.

Karlsruhe, 4. März. Der vor 15 Jahren vom Karlsruher Schwurgericht unter der Anklage der Ermordung seiner Schwiegermutter, Frau Mollitor, zum Tode verurteilte und vom Großherzog zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigte Rechtsanwält H. o. a. wird in dieser Woche aus dem badischen Zuchthaus entlassen werden. Der Prozeß hat seitdem keinerlei großes Aufsehen.

Aus Stadt und Land.

Regeld, den 6. März 1924.

Zur Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer. Die erhöhten Vorauszahlungen an Grund- und Gebäudesteuer für die drei Monate Januar, Februar und März 1924 gelten nach der Verordnung des württ. Staatsministeriums vom 20. Januar 1924 als Abschlagszahlungen für das Rechnungsjahr 1924; sie sollen die unzulässigen Zahlungen in den vorausgegangenen Monaten ausgleichen. Von 1. April ab wird eine neue Regelung erforderlich, weil dabei u. a. noch die Viehsteuer zu berücksichtigen ist, die nach der letzten Reichssteuerreform die Staaten und Gemeinden erheben. Die Vorauszahlungen an Gewerbesteuer von Januar 1924 ab sind dagegen mit Abschlagszahlungen; die endgültige Gewerbesteuer wird wie die Einkommensteuer erst nach Ablauf des Kalenderjahres 1924 festgestellt. Was ein Gewerbetreibender zu wenig an Vorauszahlungen berechnet, muß er später nachzahlen. Ein Teil ist schon mit Abgabe der Vermögenssteuererklärungen ausgeglichen. Denn die Vorauszahlungen für die Monate Januar und Februar sind in der für den Monat März 1924 geschuldeten Höhe zu leisten. Vom Monat März ab sind aber an Vorauszahlungen mindestens 20 Goldprozent für den Staat

